



fonction publique

numéro 63, septembre 2024
paraît 6 fois par an
13^{ème} année



compact



CGFP-RENTRÉE: EINE PRALL GEFÜLLTE AGENDA

Nach den Sommerferien hat auch der politische Alltag wieder begonnen. Auf internationaler Ebene sind die Herausforderungen angesichts der angespannten geopolitischen Lage nicht kleiner geworden. Auch in Luxemburg steht ein heißer Herbst bevor. Bei der CGFP richtet sich der Fokus u.a. auf die neuen Gehälterverhandlungen, die heikle Rentendiskussion und die Sozialwahlen im öffentlichen Dienst. Zudem finden gleich mehrere Highlights zum Jahresende statt. .

Seit nahezu 15 Jahren befindet sich die Welt in einem Dauerkrisenmodus. Der Kollaps der Bank Lehman Brothers löste im September 2008 eine schwerwiegende Finanz-, Banken- und Wirtschaftskrise aus. Darauf folgten die

Griechenland-, die Schulden- und die Eurokrise. Im Jahr 2015 kam die Migrationskrise hinzu, die auch heute noch Europa zu schaffen macht.

Nach der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020 dreht das Krisenkarussell munter weiter. In man-

chen Rechtsstaaten bröckelt die Demokratie zunehmend. Der Staat büßt dadurch bei den Bürgern Vertrauen ein.

Am 5. November dieses Jahres steht in den USA eine richtungsweisende Präsidentschaftswahl an. Seit Monaten verschärft der republikanische Kandidat seine Hetzkampagne, indem er z.B. Migranten als „Tiere“ bezeichnet oder vor Chaos und Gewalt in seinem Land warnt, falls er die Wahlen im November verlieren sollte.

Sorgen bereitet auch der eskalierende Nahostkonflikt. Nach dem brutalen Überfall der palästinensischen Terrororganisation Hamas

Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE



Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700

Wie kann man Gutes tun?

1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.



Fondation CGFP de Secours

(agrée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLLULL: LU46 1 1 1 1 0733 4614 0000

(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar und werden dem Spender zertifiziert.)

L'ÉVASION EST PROCHE

LUX VOYAGES CGFP,

une agence de voyage complète à votre service:

- Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger
- Voyages organisés
- Billets d'avion, de train et de bateau
- Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier
- Tarif spécial pour les membres de la CGFP



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal)
L-2449 Luxembourg • Tél. 47 00 47 - 1
Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h
et le samedi de 9 à 13 h

OUVERT: LE SAMEDI MATIN



Fortsetzung von Seite 1

in Israel verstärken die israelischen Streitkräfte ihre militärischen Einsätze im von der Hamas kontrollierten Gazastreifen. Inzwischen lodert im Libanon der Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah auf, sodass eine regionale Ausweitung dieser Auseinandersetzungen nicht auszuschließen ist.

Weiterhin angespannt bleibt unterdessen die Lage zwischen der Ukraine und Russland. Seit dem brutalen Einmarsch von Putins Truppen im Februar 2022 haben die Vereinten Nationen mehr als 11.500 getötete Zivilisten registriert. Beinahe 24.000 weitere Zivilisten wurden verletzt (Stand: August 2024). Dabei werden nur die bestätigten Fälle von der UNO berücksichtigt. Mehr als sechs Millionen Menschen sind seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges aus der Ukraine geflüchtet, teilte neulich das Flüchtlingshilfswerk UNHCR mit.

Taumelnde EU

Die aktuelle weltpolitische Lage wird durch tickende Zeitbomben zusätzlich komplizierter. So ist z.B. die Gefahr einer Militäroperation Chinas zur Rückeroberung Taiwans noch nicht gebannt. Zudem sorgen die intensivierten Beziehungen zwischen Russland und Nordkorea für weitere Spannungen. Ganz zu schweigen von den zahlreichen anderen Konflikten, die zurzeit weltweit toben und von den Medien weitestgehend unbeachtet bleiben.

Als ob all dies nicht ausreichen würde, werden inzwischen die Folgen des Klimawandels immer sichtbarer. Die globale Mitteltemperatur wächst kontinuierlich. Der Juli 2023 war der heißeste Monat seit 120.000 Jahren. Schätzungen zufolge sind im vergangenen Jahr allein in Europa 48.000 Menschen an den Hitzefolgen gestorben. Nur 2022 lag diese Zahl höher.

Die Europäische Union steht vor gewaltigen Herausforderungen. In weite Ferne gerückt ist die europäische Idee vom „Wandel durch Handel“. Auch in der EU wird wieder militärisch aufgerüstet.

Die EU muss zudem darauf achten, dass sie bei den Bürgern nicht weiter an Akzeptanz verliert. In Italien, den Niederlanden, Ungarn und der Slowakei ist die Stimmung bereits gekippt. In all diesen Ländern haben EU-feindliche Regierungschefs das Sagen. Rechtspopulistische und -radikale Parteien gewinnen zunehmend an Einfluss. Bei der Europawahl im Juni haben sie deutlich an Stimmen hinzugewonnen. Die etablierte Politik tut sich schwer, in Zeiten globaler Veränderungen das Steuer in der Hand zu halten. Das versetzt viele Menschen in Angst und Schrecken.

Nach der Europawahl sei jetzt Ursachenforschung angesagt, unterstrich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff in seinem im Juli veröffentlichten Leitartikel der „fonction



publique“. Dem europaweiten Rechtsruck müsse resolut entgegengewirkt werden. Wolff richtete einen Appell an die politische Vernunft. Die luxemburgische Regierung täte gut daran, mit ihrem Reformdrang nicht am Volk vorbeizuregieren.

Jetzt, wo die Politiker entspannt aus den Sommerferien zurückgekehrt sind, zeigt sich, dass auch hierzulande die Probleme die gleichen geblieben sind. Die CGFP wird die vielfältigen Herausforderungen mit frischem Elan angehen. Die CGFP-Agenda ist in den kommenden Monaten prall gefüllt.

Bevorstehende Gehälterverhandlungen

Zum Jahresende läuft das aktuelle Gehälterabkommen aus, sodass neue Verhandlungen zwischen der CGFP und der Regierung anstehen. Bereits vor den Sommerferien wurde der CGFP-Nationalvorstand darum gebeten, diesbezügliche Vorschläge zu unterbreiten. Bei der „Rentrée sociale“ im Herbst werden diese Arbeiten vertieft. Anschließend wird geprüft, welche Punkte in den CGFP-Forderungskatalog einfließen werden.

Wir wollen an dieser Stelle den Diskussionen nicht vorgehen. Nur so viel: Es gibt keinen Zweifel daran, dass die CGFP bei den nächsten Gehälterverhandlungen erneut eine lineare Punktwertenerhöhung fordern wird. Die Beibehaltung des Indexmechanismus und die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation reichen nicht aus, um den Kaufkraftverlust auszugleichen.

Beim letzten Besoldungsabkommen fiel die lineare Punktwertenerhöhung (1,95 %) recht bescheiden aus. Der Grund dafür ist offensichtlich. Um ihre langjährige Forderung nach einer Abschaffung des Bewertungssystems im öffent-

lichen Dienst durchzusetzen, hatte die CGFP damals auf einen Teil ihrer finanziellen Ansprüche verzichtet. Angesichts der Tatsache, dass dieses Mal keine solche Gegenleistung seitens der Regierung ansteht, wird sich die CGFP keineswegs mit einer geringfügigen Gehaltsaufbesserung zufriedengeben.

Ein Großteil der CGFP-Forderungen wird sich auf die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst beziehen. Dabei dürfte der Fokus verstärkt auf eine angemessene „Work-Life-Balance“ gelegt werden. Stress, steigende Arbeitsbelastung und Leistungsdruck führen oft zu einer erhöhten psychischen Belastung, die im schlimmsten Fall zu einem Burn-out führen kann. Diesem Trend gilt es resolut entgegenzuwirken.

Die CGFP wird Sorge dafür tragen, dass ihr Forderungskatalog alle Altersstrukturen und Gehältergruppen abdeckt. Seit ihrer Gründung setzt sich die CGFP als vernünftiger Sozialpartner zielstrebig für die Belange der Staatsbediensteten ein, ohne dabei die Interessen des Landes außer Acht zu lassen.

Bevor die nächsten Gehälterverhandlungen beginnen, müssen jene Punkte des laufenden Abkommens, die noch offenstehen, rasch umgesetzt werden. In diesem Sinne wird die CGFP diese Dossiers in den kommenden Wochen mit dem Ministerium des öffentlichen Dienstes in einer Reihe von Unterredungen vorantreiben. Dazu gehören die neue Homeoffice-Regelung für den Staatsdienst, der Gesetzentwurf zur Arbeitszeitregelung und die Harmonisierung der unteren Laufbahnen. Auch die Arbeitsgruppen, die sich mit der Festigung der Gewerkschaftsfreiheit, einer Reform des Disziplinarrechts und dem verstärkten Kündigungsschutz

Fortsetzung siehe Seite 5



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1
Impression: SNE-Editions S.à.r.l.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.



Pension Plan

Préparez votre retraite dès aujourd'hui tout en profitant d'importantes déductions fiscales

Pension Plan, le contrat prévoyance vieillesse selon l'article 111bis L.I.R.* qui vous permet d'épargner un capital pour votre retraite, tout en profitant chaque année de déductions fiscales significatives.

Une assurance 

*Loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu (L.I.R.)



CGFP Assurances S.A.

18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg

Tél. 27 04 28 01, info@cgfp-assurances.lu

[cgfp-assurances.lu](https://www.cgfp-assurances.lu)

Fortsetzung von Seite 3

bei Langzeiterkrankungen befallen, befinden sich kurz vor der Zielgeraden.

Rentendiskussion mit Sprengkraft

Im Herbst wird die Regierung eine groß angelegte Rentendebatte anstoßen. Eine erste Unterredung zwischen der CGFP und der Sozialministerin Martine Deprez ist bereits im Oktober vorgesehen. Fraglich ist, ob nach den Rentendiskussionen überhaupt eine Reform erfolgen wird.

Fakt ist, dass sich die Reserven zurzeit auf 27,4 Milliarden Euro belaufen. Bei einem solchen Polster sei es der falsche Zeitpunkt, Verschlechterungen in Erwägung zu ziehen, betonte CGFP-Nationalpräsident am vergangenen 12. Juli in der RTL-Sendung „Invité vum Dag.“

In Deutschland erhalten die Rentner derzeit im Schnitt 47,8 % ihres durchschnittlichen Lebensarbeitseinkommens. Luxemburg verfügt im Gegensatz zu diesem Nachbarstaat über einen ausreichenden Spielraum, um seinen Bürgern gute und sichere Renten zu gewährleisten. Sollte sich dennoch mittelfristig herausstellen, dass Handlungsbedarf besteht, wäre beispielsweise eine Beitragserhöhung immer noch eine Option. Eine solche Anhebung müsste jedoch gleichmäßig zwischen dem Staat, den Unternehmen und den Beschäftigten aufgeteilt werden.

Im Gegensatz zur Privatwirtschaft sind die Beiträge und Rentenzahlungen im Staatsdienst nicht auf den fünffachen Mindestlohn gedeckelt. Die CGFP hat bereits mehrfach klargestellt, dass es für sie kein Problem darstellen würde, den im Privatsektor bestehenden „Deckel“ – falls erwünscht – aufzuheben. Gleichzeitig warnt die CGFP jedoch vor Langzeitprognosen. Das nationale Wirtschaftswachstum lässt sich nicht über 40 Jahre vorhersagen. Langfristig ausgerichtete Schätzungen haben sich daher in all den Jahren immer wieder als unzuverlässig und falsch erwiesen.

Bei den Rentendiskussionen möchte die Regierung möglichst viele Akteure an den Tisch holen und ihnen somit vermitteln, dass sie in die Lösungsfindung eingebunden werden. Entgegen einer Pressedarstellung habe die CGFP jedoch nichts dagegen, auch die Jugend an diesen Gesprächen teilhaben zu lassen, stellte der CGFP-Nationalpräsident neulich gegenüber RTL nochmals klar: „Ich gehe davon aus, dass die Jugend ein Verbündeter von uns ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Jugend jetzt dafür eintritt, die Pensionen zu senken, denn damit würde sie zum Ausdruck bringen, ihre eigenen Pensionen müssten heruntersgesetzt werden.“

Wie heikel die Rentendebatte sein wird, hat das jüngste Gutachten des „Conseil écono-

mique et social“ (CES) eindrucksvoll gezeigt. Den Patronats- und Gewerkschaftsvertretern – darunter die CGFP – gelang es nicht, sich auf eine gemeinsame Stellungnahme zu diesem brisanten Thema zu einigen. Die Arbeitnehmervertreter stützen sich bei ihrer Analyse auf den Generationenvertrag. In ihren Augen ist ein solidarisch finanziertes Pensionssystem unabdingbar. Der Ausbau der zweiten und dritten Säule darf nicht zulasten des Umlageverfahrens (erste Säule) geschehen.

Sollte die Regierung dennoch – ähnlich wie in Frankreich – im Alleingang Verschlechterungen bei den Pensionen beschließen, wird die CGFP massiven Widerstand leisten.

Bewertungssystem vor dem Aus

Mit etwas Verzögerung werden die Abgeordneten bald über den Gesetzentwurf zur Abschaffung des Bewertungssystems im öffentlichen Dienst abstimmen. Die CGFP hat darauf bestanden, dass die Aufhebung mit Rückwirkung zum 1. Januar 2023 gemäß dem Besoldungsabkommen erfolgt. Sie wird darüber wachen, dass für niemanden Nachteile entstehen. Erfreut zeigt sich die CGFP, dass sich die Regierung vor kurzem schriftlich dazu verpflichtet hat, in der laufenden Legislaturperiode keinen Gesetzentwurf zu deponieren, mit dem ein neues Bewertungssystem in einer öffentlichen Verwaltung eingeführt wird. (siehe dazu auch die Seiten 1 und 3).

60. Jahrestag der CHFEP

Zum Jahresende stehen aus Sicht des öffentlichen Dienstes gleich mehrere Höhepunkte an. Am 20. November wird die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) ihr 60. Gründungsjahr feiern. Neben Premierminister Luc Frieden werden zahlreiche Ehrengäste der akademischen Sitzung beiwohnen. Bei der Gründung der ersten Berufskammern im Jahr 1924 war der öffentliche Dienst nicht berücksichtigt worden. Rund 40 Jahre später wurde durch das Gesetz vom 12. Februar 1964 die Berufskammer aller öffentlich Bediensteten ins Leben gerufen. Ein Jahr darauf fanden die ersten Berufskammerwahlen im Staatsdienst statt.



Die CGFP hat zurzeit in der CHFEP 21 von 22 möglichen Sitzen inne. Im öffentlichen Dienst stehen im kommenden Jahr wieder die Berufskammerwahlen an. Die CGFP hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Vormachtstellung als einzige national repräsentative Gewerkschaft in diesem Bereich zu festigen. Die Vorbereitungen im Hinblick auf die Sozialwahlen haben bereits begonnen. Die CGFP wird im Rahmen einer aufwendigen Medienkampagne die Wahlberechtigten mobilisieren, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

115 Jahre Gewerkschaftsbewegung

Die diesjährige CGFP-Vorständekonferenz wird am kommenden 2. Dezember stattfinden. Bei dieser Gelegenheit wird der 115. Jahrestag der Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst gebührend gefeiert. Am 9. Dezember 1909 wurde die „Association Générale des Fonctionnaires“ (AGF) aus der Taufe gehoben. Auf Betreiben von Joseph Daleiden wurde schließlich 1967 die heutige „Confédération Générale de la Fonction Publique“ (CGFP) gegründet. Die CGFP vertrat damals 4.300 Mitglieder. Inzwischen hat sich die CGFP-Mitgliederzahl beinahe verachtfacht. An der 115-Jahr-Feier wird u.a. auch der Minister des öffentlichen Dienstes Serge Wilmes teilnehmen.

In Anbetracht all dieser bevorstehenden Ereignisse und Herausforderungen haben es die kommenden Wochen und Monate in sich.

Max Lemmer

WERDEN SIE NOCH
HEUTE MITGLIED!



CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE

Boîte postale 210 • L-2012 LUXEMBOURG



Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.



Regierung erfüllt CGFP-Kernforderung

Nach einem rund zwölf Monate anhaltenden Konflikt haben sich die Wogen zwischen der CGFP und der Regierung wieder etwas geglättet. Ende Juli verpflichtete sich Premierminister Luc Frieden, keinen Gesetzentwurf in dieser Legislaturperiode vorzulegen, der darauf abzielt, ein neues Bewertungssystem in einer Staatsverwaltung einzuführen. Auch wenn somit einer CGFP-Kernforderung Rechnung getragen wird, bleibt allerdings u.a. noch die Frage der öffentlichen Einrichtungen zu klären.

Die CGFP und die Regierung hatten sich am 9. Dezember 2022 auf ein neues Gehälterabkommen mit einer zweijährigen Laufzeit geeinigt. Einer der Kernpunkte war die Abschaffung des Bewertungssystems im Staatsdienst. Um so erstaunter war die CGFP, als sie feststellen musste, dass das umstrittene System trotz dieser Vereinbarung in einer Verwaltung durch die Hintertür wiedereingeführt wurde.

Der Nationalvorstand erteilte der CGFP den Auftrag, sich mit aller Entschlossenheit gegen die eindeutige Verletzung des Gehälterabkommens zu wehren. Nach diesem einstimmigen Beschluss folgte eine groß angelegte und zeit-aufwendige CGFP-Kampagne.

Ziel war es, die CGFP-Mitglieder zu mobilisieren, um gegen die Wiedereinführung des Bewertungssystems bei der Armee zu demonstrieren. Die beeindruckende Protestkundgebung,

die am vergangenen 29. April im Parc Hotel in Dommeldingen stattfand, war dank der starken Teilnehmerzahl ein Riesenerfolg. Rund 1.000 Demonstranten hatten ihren Ärger über den eindeutigen Vertragsbruch zum Ausdruck gebracht. Im Kreuzfeuer der Kritik stand insbesondere der Beamtenminister.

Kehrtwende der Regierung

Die mit hohem Aufwand durchgeführte Protestkundgebung setzte vieles in Bewegung. Nur zwei Tage später betonten nahezu alle Fraktionen anlässlich einer parlamentarischen Aktualitätsstunde zu diesem Thema, dass das Bewertungssystem bei den Streitkräften kein Präzedenzfall für andere staatliche Verwaltungen werden dürfe. Angesichts des von der CGFP erzeugten öffentlichen Drucks musste der Beamtenminister schnell handeln. Unmittelbar nach der Protestkundgebung nahm das Regierungsmitglied den mit der CGFP ins Stocken geratenen Dialog wieder auf.

In einer Unterredung mit Minister Wilmes hatte die CGFP am vergangenen 26. Juni eine schriftliche Zusage seitens der Regierung gefordert, in der klargestellt wird, dass das Bewertungssystem in keiner anderen Verwaltung wiedereingeführt wird. Der für den öffentlichen Dienst zuständige Minister reagierte verhalten und ließ wissen, er werde die CGFP-Forderung an den Premierminister weiterreichen.

Innerhalb kürzester Zeit wurde die CGFP-Forderung somit zur Chefsache erklärt. Im Rahmen eines konstruktiven Austauschs empfingen Premierminister Luc Frieden und Beamtenminister Serge Wilmes am vergangenen 30. Juli CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger.

Nach dem Treffen mit der CGFP-Doppelspitze hieß es in einem Schreiben des Staatsministeriums: „Um den geäußerten Befürchtungen hinsichtlich der Einhaltung des Gehälterabkom-



Die erfolgreiche Protestkundgebung am vergangenen 29. April bewegte die Regierung zum Umdenken.

mens ein Ende zu setzen, hat sich die Regierung verpflichtet, in der laufenden Legislaturperiode keinen Gesetzentwurf einzureichen, der darauf abzielt, ein allgemeines Bewertungssystem in das öffentliche Statut oder in ein Rahmengesetz einer staatlichen Verwaltung einzuführen.“

Die CGFP begrüßt es, dass ihre groß angelegte Protestkundgebung die politisch Verantwortlichen dazu bewogen hat, die Gespräche mit der einzigen national repräsentativen Gewerkschaft im öffentlichen Dienst zu intensivieren. Mit Genugtuung nahm die CGFP zur Kenntnis, dass sich die Regierung schriftlich dazu bekennt, die Abmachungen des laufenden Gehälterabkommens einzuhalten. Die CSV-DP Koalition erfüllt somit ein Kernanliegen der CGFP.

„Wir werten diesen Schritt als eine wichtige Etappe. Bleibt allerdings noch die Frage der öffentlichen Einrichtungen, allen voran der „Spuerkeess“, zu klären“, betonte die CGFP in ihrer Stellungnahme. Unmittelbar nach den Sommerferien werde man sich dieser Angelegenheit annehmen.

Hält sich die BCEE nicht an das Gehälterabkommen?

Bei der „Banque et Caisse d'Épargne de l'État“ (BCEE) handelt es sich um ein sogenanntes „établissement public“. Die Bewertungen, die dort durchgeführt werden, stehen im direkten Zusammenhang mit jenem System, das jetzt im öffentlichen Dienst abgeschafft wird. Bei der BCEE wurde das Bewertungssystem im Jahr 2015 eingeführt. Die Entscheidungsträger der Staatsbank versicherten damals, dass das für den öffentlichen Dienst ausgehandelte Gehälterabkommen umgesetzt werde.

Die gesamte Regierung bekennt sich zur Einhaltung des Besoldungsabkommens. Wollen sich die BCEE-Verantwortlichen darüber hinwegsetzen? An die Führungsetage der „Spuerkeess“ geht der eindringliche Aufruf, mehr denn je verantwortungsvoll zu handeln.

Zur Erinnerung: Nach einer jahrelangen Auseinandersetzung mit der Regierung hatten die CGFP und die Berufsorganisation



der Sparkassen-Beschäftigten (APBCEE) am 27. November 2018 zu einer überaus erfolgreichen Protestkundgebung vor dem BCEE-Direktionsgebäude aufgerufen. Weitere gewerkschaftliche Schritte waren bereits in der Planung. Plötzlich lenkte jedoch die damalige Regierung ein und einigte sich mit der CGFP auf einen ausgeglichenen Kompromiss.

Ein Teil der Beschäftigten erhielt eine Beförderung, die ihnen zuvor verweigert worden war. So wurde z.B. in der getroffenen Übereinkunft festgehalten, dass die BCEE-Mitarbeiter automatisch von der zehnten in die elfte Gehaltsstufe steigen. Hinzu kommt, dass sie in der Gehaltsstufe 11 spätestens nach zehn Jahren automatisch eine Beförderung erhalten.

Immer wieder hatte die CGFP damals mit Nachdruck darauf gepocht, dass die von ihr mit der Regierung erzielten Abkommen für den gesamten Staatsdienst ohne Ausnahme auch in den öffentlichen Einrichtungen angewandt werden müssten. Die mit der BCEE getroffene Vereinbarung sei von größter Wichtigkeit, da die zu 100 % staatliche „Spuerkeess“ zu den

„établissements publics“ zähle, hieß es damals. Diese Aussage ist auch heute noch nach wie vor gültig.

Lösungsvorschläge für die Armee

Die jüngste schriftliche Zusage der Regierung, kein Bewertungssystem in einer Verwaltung einzuführen, bezieht sich allerdings nicht auf die Armee. Dabei hatte die CGFP vor der Sommerpause mit ihren beiden zuständigen Mitgliedsorganisationen SPAL und APOL der Verteidigungsministerin schriftliche Lösungsvorschläge zukommen lassen. Sie sprachen sich u.a. dafür aus, Art. 32 des Armeegesetzes umzuformulieren. In der neuen Fassung sollte nicht mehr von „appréciation“ und „évaluation“, sondern von einem „point de situation“ und einem „constat“ die Rede sein.

Für die öffentlich Bediensteten, die nicht mit dem Bewertungsergebnis einverstanden sind, sollte zudem eine unabhängige Berufungsinstanz („instance de recours“) geschaffen werden. Diesem Gremium könnten neben

Fortsetzung siehe Seite 8



Cours de formation et d'appui scolaires

Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:
mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/services/afas>

AFAS CGFP
Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.



Bei seinem jüngsten Treffen mit der CGFP-Doppelspitze erfüllte Premierminister Luc Frieden eine Kernforderung der CGFP. © ME

Fortsetzung von Seite 7

einem Magistrat auch Vertreter der Verwaltung und Mitglieder der Berufskammer aller Staatsbediensteten angehören. Den Betroffenen bliebe somit der langwierige kostspielige Weg zum Verwaltungsgericht erspart. Des Weiteren muss sichergestellt werden, dass die Evaluation bei der Armee keine finanziellen Verschlechterungen nach sich zieht.

In ihrem Brief an die zuständige Ministerin sprachen sich die drei unterzeichnenden Organisationen CGFP, APOL und SPAL auch für eine Anpassung der verschiedenen Prämien bei allen Laufbahnen aus. Im Sinne einer gerechten Harmonisierung sollten die Prämien (Bereitschaftsdienst...) überprüft werden, um somit ein Gleichgewicht zu erreichen.

Zusätzlicher Klärungsbedarf beim Gesetzentwurf erforderlich

Am vergangenen 15. April wurde der Gesetzentwurf zur Abschaffung des Bewertungs-

systems im Staatsdienst vom Ministerrat gebilligt. Die schwerfällige und kontraproduktive Evaluation, die im Zuge der Dienstrechtsreform im Jahr 2015 eingeführt wurde, wird demnach – mit Ausnahme der Praktikanten – bald der Vergangenheit angehören.

Bestehen bleibt hingegen das Verbesserungsverfahren („procédure d'amélioration“). Der Verwaltungschef kann im Alleingang darüber befinden, ob seine Mitarbeiter ihre Arbeit ausreichend verrichten oder nicht („suffisant/insuffisant“). In den Augen der CGFP müsste jedoch eine Instanz ins Leben gerufen werden, die den Betroffenen eine zweite Chance gewährt. Auch die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) plädierte in ihrem diesbezüglichen Gutachten dafür, dass Unklarheiten aus der Welt geschaffen werden.

Darüber hinaus ist die CGFP der festen Überzeugung, dass das Bewertungssystem im öffentlichen Dienst keineswegs durch ein anderes Instrument, wie z.B. den Einzelgesprä-

chen („entretiens individuels“), die zu Bewertungen missbraucht würden, ersetzt werden darf.

Wäre der politische Wille vorhanden gewesen, diesbezügliche Anpassungen vorzunehmen, hätte der Staatsrat innerhalb kürzester Zeit ein Zusatzgutachten verfassen können.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Abschaffung des Bewertungssystems erst am 1. Oktober 2024 in Kraft tritt, also 21 Monate später als es im Gehälterabkommen vereinbart wurde. Die Hohe Körperschaft gibt zu bedenken, dass eine Rückwirkung der Regelung vermieden werden sollte. Zugleich weist sie jedoch in ihrem Gutachten ausdrücklich darauf hin, dass eine Retroaktivität möglich wäre, sofern eine Argumentation vorliege. Das Gremium hat demnach keinen formellen Einwand ausgesprochen.

Komplikationen wegen unnötigen Verzögerungen

Im jüngsten Gehälterabkommen hatten sich die CGFP und die Regierung schriftlich darauf verständigt, die Evaluierung zum 1. Januar 2023 abzuschaffen. Folglich kann es nicht angehen, dass sich das CSV/DP-Tandem jetzt die Rosinen herauspicks und lediglich jene Punkte berücksichtigt, die ihr in den Kram passen. Außerdem hat die Berufskammer der Staatsbediensteten in ihrem entsprechenden Gutachten stets auf die Retroaktivität gepocht.

Erwähnt sei, dass die Regierung dem Druck der CGFP nachgegeben hat und der Rückwirkung, genau wie auch im Gutachten der CHFEP gefordert, per Gesetzesänderung zugestimmt hat (*Stand bei Redaktionsschluss*). Der Gesetzentwurf wurde nicht mehr vor den Sommerferien vom Parlament gutgeheißen.

Im Herbst wird eine neue Bewertungswelle im Staatsdienst gestartet. Dies hat zur Folge, dass bei jenen Staatsbediensteten, die das Leistungsniveau 1 erreichen werden, sofort die „procédure d'amélioration“ eingeleitet wird. Zu klären bleibt also, wie man vorgeht, wenn die Aufhebung des fragwürdigen Bewertungssystems in Kraft getreten ist.

Potenzial für einen neuen Sozialkonflikt

Die CGFP besteht darauf, dass das Bewertungssystem ohne Wenn und Aber mit Rückwirkung zum 1. Januar 2023 flächendeckend im Staatsdienst sowie in allen öffentlichen Einrichtungen abgeschafft wird. Die Regierung täte gut daran, diesem berechtigten Anspruch Folge zu leisten. Das CGFP-Anliegen ist keineswegs sektorieller Natur, sondern es betrifft den gesamten öffentlichen Dienst sowie den assimilierten Sektor und hätte demnach ausreichend Potenzial, um einen Sozialkonflikt auszulösen. Die CGFP, die den Ruf eines vernünftigen Sozialpartners genießt, geht davon aus, dass sich die politischen Entscheidungsträger der Tragweite bewusst sind.

Max Lemmer



Zwischenruf

Von wegen „Waasser zéien“

Einmal Journalist, immer Journalist: Wer „durch und durch“ Journalist ist, dem wird es schwerfallen, einmal ganz auf diesen wunderbaren Beruf verzichten zu können. Daran kann selbst der Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand nichts ändern. Kaum einem wird es gelingen, Kugelschreiber und Notizblock endgültig an den berühmten Nagel zu hängen und sich mit einem klassischen Rentnerdasein zufriedenzugeben.

Während die einen sich weiterhin als freischaffende Mitarbeiter eines Medienhauses betätigen, bevorzugen es andere, ganz nach den Prinzipien einer selbstständigen Ich-AG einen eigenen Internetauftritt zu schaffen, um lokale Ereignisse, Sportveranstaltungen oder das politische Geschehen diesseits und jenseits der Landesgrenzen zu kommentieren.

Und gehen einem die Themen einmal aus, müssen die „Haart mat de mülle Baken“ (gemeint ist die CGFP-Führung) halt daran glauben, um einen neuen „Opener“ zu schaffen.

Der Text liest sich gut, erinnert mitunter an eine Parodie, die per se „nicht nur rationale und ernsthafte Komponenten“ enthält, sondern auch „Wege der Verzerrung, des Humors oder der Satire“ aufzeichnet.

Dass einem dabei kleine Missgeschicke unterlaufen können, wie z.B. den Unterschied zwischen einem Streik, einer Arbeitsniederlegung also, und einer Kundgebung, einer Protestveranstaltung demnach, zu verkennen, darüber wollen wir an dieser Stelle mal hin-



Die CGFP-Mitglieder protestierten... im Stehen!

wegsehen. Interessant (und begrüßenswert) ist vor allem die Tatsache, dass der ehemalige Chefredakteur eines großen Medienunternehmens die CGFP-Protestaktion vom 29. April in seinem Portal überhaupt erwähnt und ihr so zu (noch mehr) Sichtbarkeit verhilft.

Natürlich war die Wiedereinführung des durch Gehälterabkommen abgeschafften Bewertungssystems in einem bestimmten Bereich des öffentlichen Dienstes Gegenstand der Protestveranstaltung. Ein einziges Mal wurde der Name besagter Verwaltung an dem Abend in der Rede des CGFP-Generalsekretärs erwähnt. Ansonsten stand die Protestaktion ganz im Zeichen der Missachtung des laufenden Gehälterabkommens und der Umsetzung der noch offenen Punkte.

Die CGFP-Gewerkschaftszeitung lag also goldrichtig, als sie in ihrem Leitartikel schrieb:

„Wer bei der Protestkundgebung der CGFP am vergangenen 29. April auch nur ansatzweise zugehört hat, müsste doch mitbekommen haben, dass keineswegs die Einführung eines Bewertungssystems bei der Armee im Mittelpunkt der mit rund 1.000 Teilnehmern außerordentlich erfolgreichen CGFP-Protestveranstaltung stand (...).“

Von „Waasser zéien“ demnach keine Spur!

Dass der Aufstand seinen Zweck sehr schnell erfüllte, das zeigte sich bereits in den darauffolgenden Tagen: Der Dialog mit der Regierung konnte wiederhergestellt werden. Und bei den in regelmäßigen Abständen stattfindenden Gesprächen zwischen CGFP und Beamtenminister wird versucht, Lösungen bei der Umsetzung der im Gehälterabkommen enthaltenen Bestimmungen zu finden.

Erstaunlich ist und bleibt allerdings die Tatsache, dass die Art der CGFP-Veranstaltung in besagtem Online-Beitrag regelrecht „auf die Schippe genommen“ wird:

„Et d'äerfeen sech also net weider wonnere, datt – wann et mol haart op haart kënt – de Verwaltungsmënsch dat am Sëtze mécht.“

Bravo! Wir gehen einfach mal davon aus, dass der „Journalist im Ruhestand“ seine Beiträge allesamt im Stehen verfasst...und auch als langjähriger Chefredakteur eines angesehenen Medienhauses kaum Schreibtischjournalismus – im Sitzen – beging...

Oder vielleicht doch...?

s.h.



LuxDidac

Centre Culturel de Bonnevoie

rue des Ardennes / L-1133 Luxembourg/Bonnevoie

08-10 octobre 2024

organisée par : **SNE/CGFP et FÉDUSE/Enseignement-CGFP**

- **FOIRE de MATÉRIEL DIDACTIQUE :** *Exposants nationaux et internationaux*
- **FORMATIONS CONTINUES :** *Sous forme de Conférences et Workshops*

Heures d'ouverture : 08.10.2024 de 13h30 - 20h00 / 09.10.2024 de 13h30 - 18h00 / 10.10.2024 de 13h30 - 18h00

Visite LuxDidac = 1 heure IFEN Formation

(Inscription possible après le 1^{er} septembre 2024)



Pour plus d'informations, veuillez scanner ce QR-Code svpl.



Öffentliche Meinung irreführt:

Ab 2027 werden die Rentenreserven nicht sinken, sondern stark weiterwachsen!

In der letzten Ausgabe von „fonction publique“ wurde die ausführliche und wohl-dokumentierte Analyse zur derzeitigen Lage des allgemeinen Rentensystems dargelegt, wie sie in einem Gutachten des Wirtschafts- und Sozialrats durch die Arbeitnehmervertreter vorgelegt worden war. Die von den CGFP-Vertretern mitgetragene Einschätzung der Lage widerlegt anhand aller verfügbaren Zahlen die Theorie einer angeblich notwendigen massiven Rentenreform.

Bekanntlich konnte dabei klar festgehalten werden, dass es keinen akuten Handlungsbedarf für Sozialverschlechterungen gibt, weil die vorgeblich Katastrophenlage, welche in der Nachwahlperiode mit großem Presseaufwand herbeigeredet wurde, einfach inexistent ist. Trotzdem wurden in dieser Analyse einige nützliche Überlegungen zum Rentensystem angestellt sowie konkrete Vorschläge und auch relevante Forderungen vorgebracht. Interessierte Leser können sich die Argumentation in voller Länge (28 Seiten) auf der Homepage des Wirtschafts- und Sozialrates (www.ces.public.lu) zu Gemüte führen.

Damit ist nun eigentlich bereits fast alles gesagt und nichts braucht hinzugefügt zu werden. Da wir aber in den vorangegangenen Jahren die Gesundheit des allgemeinen luxemburgischen Rentensystems mehrfach unter dem Aspekt der populistischen „Rentenmauer“-Allegorie vorgestellt und kommentiert haben, ist es vielleicht von Interesse, auch hierzu die konkrete jüngste

Entwicklung anhand der Zahlen für 2023, die erst im Juli bekannt gemacht wurden, zu erläutern.

Mit dem robusten gewerkschaftlichen Renten-Gutachten ist der Diskussionsspielraum für die Debatten, welche sich die Regierung für den Herbst wünscht, recht eng geworden. Die Patronatsseite hat ihre Austeritätsforderungen mit einer Menge hypothetischer Zukunftsprojektionen untermauert, die auf den ersten Blick zwar klug aussehen, aber letztlich doch nichts anderes als extrem subjektive Spekulationen sind.

Eine Unverschämtheit ist vor allem, dass die verfügbaren amtlichen nationalen Angaben über die denkbare demografische Entwicklung einfach vom Patronat beiseitegeschoben wurden. Sie mussten unrealistischen, international harmonisierten Prognosen, welche die Sonderfaktoren Luxemburgs außer Acht lassen, weichen. Nur weil die heimischen Prophezeiungen nicht in die „Propaganda“ der Lobbyisten hineinpassten.

Doch im Falle Luxemburgs sind Zukunftszahlen ohnehin eine eher abenteuerliche Angelegenheit. In den letzten Jahrzehnten haben sich gerade im Rentenbereich alle hochintellektuell aussehenden mathematischen Fortschreibungen im Nachhinein ausnahmslos als total irreführend erwiesen. Somit ist die Wahrscheinlichkeit recht hoch, dass es auch in diesem konkreten Fall nicht anders sein wird. 1997 wurde bekanntlich die ominöse „Rentenmauer“ (mit der totalen

Erschöpfung aller Rentenreserven) bereits für 2015 vorausgesagt. 2012 wurde diese dann für 2034 prophezeit und 2022 schließlich auf 2047 verschoben. Die pessimistischen Rentenmauer-Theoretiker, die sich erwiesenermaßen bereits um solide 35 Jahre geirrt haben, täten gut daran, etwas weniger rechthaberisch und behrend zu argumentieren.

Einerseits ist man nicht in der Lage vorauszusagen, wie hoch das Wirtschaftswachstum, die Inflationsrate oder das Zinsniveau in zwei oder in vier Jahren sein werden. Andererseits wird behauptet, man könne die Einnahmen und Ausgaben des Rentensystems in 20 oder 40 Jahren präzise berechnen. Letzteres ist schwer zu akzeptieren.

Die wackligen Hypothesen der benutzten Langzeit-Fortschreibung diskreditieren die Position des Patronats. Mit dieser ganzen Rechnerei wollen wir uns daher hier nicht weiter befassen. Doch anhand einer einzigen Behauptung lässt sich bereits nachweisen, wie manipulativ die ganze Argumentation im Grunde ist. In den Medien wurde vielfach hervorgehoben, dass die Beiträge zum allgemeinen Rentenfonds spätestens ab 2027 dessen Auszahlungen an die Rentner übertreffen würden, sodass ab diesem Zeitpunkt – so haben es jedenfalls die Journalisten und Politiker verstanden – die Reserven des „Fonds de compensation“ zu sinken beginnen.

Dies wird aber gar nicht der Fall sein! Hier werden nur eine ernste Lage und ein akuter Handlungsbedarf vorgetäuscht. Diese totale Irreführung wird ständig fortgesetzt, ohne jedes kritische Hinterfragen. Es ist Luxemburgs „alternative Wahrheit“ des Jahres. Diese wird allerdings nicht durch Verschwörungsgläubige, sondern durch Chefökonomien und Mainstream-Medien verbreitet!

Die Faktenlage ist, dass einerseits die Beiträge zur allgemeinen Rentenkasse seit vielen Jahren unverändert 24 % der relevanten Lohnmasse ausmachen (dreimal je 8 % vom Arbeitgeber, vom Arbeitnehmer und vom Staat), und dass



andererseits die Summe der ausgezahlten Pensionen zwar ständig steigt, verhältnismäßig aber nur sehr moderat, wobei sie 2020 das Niveau von 22,05 % der relevanten Lohnmasse erreicht hat. 2023 lag sie dann bei 22,33 %. Das Wachstum war also mäßig. Diesen Prozentsatz bezeichnet man mit dem Fachbegriff „prime de répartition pure“.

Nun wird uns diesbezüglich versichert, die ansteigenden Rentenauszahlungen würden ab 2027 das 24 %-Niveau der eingezahlten Beiträge erreichen und sogar übersteigen. Wir erlauben uns, diese Weissagung kategorisch zu bezweifeln, weil alle luxemburgischen amtlichen Voraussagen bisher ausnahmslos immer zu pessimistisch waren. Jedenfalls weiß dies heute niemand mehr genau, denn es hängt stark von der demografischen Entwicklung und jener des Arbeitsmarktes ab. Doch nehmen wir ganz einfach einmal an, die reale Entwicklung sei tatsächlich so ungünstig.

Dann würde es zwar stimmen, dass die Renten das Niveau der Beiträge erreichten oder gar überstiegen. Es ist jedoch eine reine Volksverdummung daraus abzuleiten, die Reserven würden deswegen nicht mehr wie seit Jahrzehnten weiterwachsen, sondern ipso facto stagnieren und sinken. Dies wird mit Sicherheit nicht der Fall sein, weil der Rentenfonds über eine weitere, sehr wichtige Einnahmequelle verfügt, nämlich die Finanzrendite der angehäuften Reserven.

Wie hoch das Renditeniveau aber in der nahen und fernen Zukunft genau sein wird, auch das weiß niemand präzise. Immerhin steht jedoch diesbezüglich fest, dass im Durchschnitt zwischen 2007 und 2023 der Ertrag an Zinsen, Dividenden und Wertsteigerungen, technisch bekannt als „performance annualisée“, jährlich bei durchschnittlich +4,83 % lag. Sollten sich

also nun 2027 tatsächlich die Sozialbeiträge und Rentenauszahlungen die Waage halten, werden die Reserven dank ihrer Finanzeinnahmen dennoch Jahr um Jahr weiterwachsen, voraussichtlich in einer Größenordnung von mittelfristig 4,5 % bis 5 %.

Zieht man dabei in Betracht, dass die angehäuften Pensionsreserven Ende 2023 ein Volumen von 27,4 Milliarden Euro erreicht haben, wird klar, dass die Rendite im längerfristigen Durchschnitt jährlich deutlich über einer Milliarde Euro liegen wird. (Ein Ertrag von 4,83 % auf einem Vermögen von 27,4 Milliarden ergibt rechnerisch einen Gewinn von über 1,3 Milliarden Euro) Das ist eine recht beachtliche Summe, wenn man weiß, dass die eingezahlten Beiträge 2023 bei 7,4 Milliarden Euro und die ausgezahlten Renten bei 6,5 Milliarden Euro lagen.

Verglichen mit den beitragspflichtigen Löhnen (also der Berechnungsbasis der 24 %-Beitragsquote) ergeben diese jährlichen Finanzeinnahmen in Höhe von rund 1,3 Milliarden Euro einen relativen Beitrag von 4,39 % der Lohnmasse.

Tatsächlich werden also die Rentenleistungen des Ausgleichsfonds das Niveau der Einnahmen erst dann erreichen, wenn sie auf ein Niveau von 28 % bis 29 % kommen sollten (24 % plus mehr oder weniger 4 Prozent), was gemäß der amtlichen System-Fortschreibung nicht 2027, sondern erst 2040 der Fall sein wird. Dies ist jetzt nicht unsere These, sondern es ergibt sich vielmehr aus dem Zahlenwerk der amtlichen Berechnungen.

Wenn aber die Reserven bis 2040 weiterwachsen werden, so fragen Sie sich jetzt vielleicht, wieso kann dann die ominöse Rentenmauer (also der Zeitpunkt einer total leeren Rentenkasse) bereits 2047 eintreten, wie dies



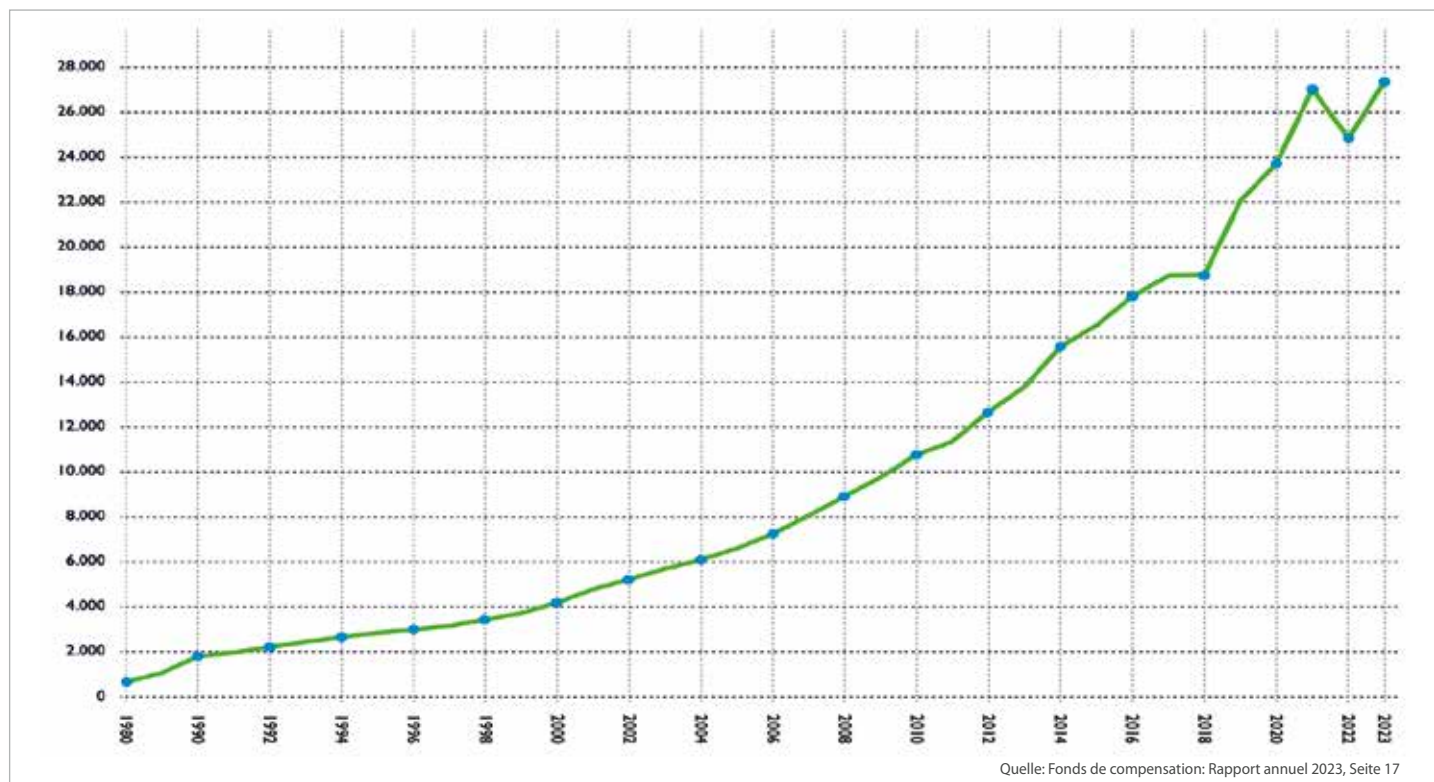
offiziell prophezeit wird? Die Antwort ist klar: Die ganze Rechnerei ist mehr als konfus, und in Wirklichkeit wird es keine Rentenmauer im Jahr 2047 geben.

Diese Jahreszahl war von Anfang an äußerst dubios, denn bei der diesbezüglichen Fortschreibung der Rentenkassenkonten wurde einfach eine Jahresrendite der Reserven von nur 2 % in Rechnung gestellt, während die historische Erfahrung auf 4,83 % fußt. Angesichts solcher dubiosen Zauberkünste ist es natürlich schwer, eine ernsthafte Debatte zu führen.

Jüngsten Informationen zufolge betrug die tatsächliche Rendite des „Fonds de compensation“ im Rechnungsjahr 2023 stolze 9,80 %. In diesem Jahr dürfte sie, wenn die Börse in der zweiten Jahreshälfte nicht massiv einbricht, wieder ähnlich hoch sein. Ende 2023 hatten die Reserven 27,4 Milliarden Euro erreicht, was 34,5 % des Bruttoinlandsproduktes entspricht, und was auch ganz deutlich unsere (angeblich enormen) Staatsschulden übertrifft.

Paul Zimmer

Entwicklung der Rentenreserven jeweils zum 31. Dezember in Millionen Euro





Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Gut wohnen heißt: gut beraten sein

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.